

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern auch in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (incl. Post 2 RM., halbjährlich 10 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-11 / Druckerei: Dresdner Druck- und Verlagsanstalt, Dresden-11, Postfach 17 259 / Polischektion: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft, Scheffelstraße; Dresden-11, Gülterschloßstraße 2 / Fernspre. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Normalzeile oder deren Raum 4,30 RM., für Familienanzeigen 2,30 RM. für die Restzeile anschließend an den dreißigtägigen Teil einer Zeile 1,25 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-11, Gülterschloßstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen besonderer Wichtigkeit steht der Redaktion ein besonderer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Montag, den 13. Juni 1927

Nummer 135

Russische Note an Polen

Die Sowjetregierung verlangt Teilnahme an der Untersuchung

Berlin, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die von Litwinow unterzeichnete Antwort der Sowjetregierung auf die Note der polnischen Regierung vom 9. Juni ist dem polnischen Botschaftsrat überreicht worden. Die Sowjetregierung nimmt darin mit Befriedigung Kenntnis von dem Ausdruck des Bedauerns der polnischen Regierung anlässlich der Ermordung Wostkows und mit besonderer Befriedigung auch von der Mitteilung über die Entrüstung über den Mord und dessen kategorische Verurteilung sowohl durch die polnische Regierung als auch durch die öffentliche Meinung Polens. Weiter heißt es in der Note, die Sowjetregierung nimmt die Erklärung der polnischen Regierung, daß sie bereit sei, der Gattin Wostkows eine Entschädigung auszuweisen, mit Befriedigung zur Kenntnis, erachtet jedoch die Durchführung des Angebots für unmöglich, da sie es für die Pflicht des Sowjetstaates selbst hält, die Familie eines auf seinem Posten gefallenen Vertreters zu versorgen. Die Sowjetregierung kann sich aber nicht einverstanden erklären mit der Einschätzung der Ermordung Wostkows als eines individuellen Aktes eines Wahnsinnigen, die die polnische Regierung in ihrer jüngsten Note gibt, sondern erklärt in diesem Mord eine der Verheerungen systematischer und planmäßiger Kämpfe der dunklen Mächte der Weltreaktion und Friedensgegner gegen die Sowjetunion. Die in der Sowjetnote vom 7. Juni aufgestellten Ereignisse, insbesondere der planmäßige von der englischen Regierung vorbereitete Abbau der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion hat diese dunklen Mächte, vor allem die gegenrevolutionären und terroristischen Organisationen der russischen Emigranten entsetzt, die auf eine internationale Spannung spekulieren und die größten Anstrengungen machen, um dem trügerischen Imperialismus zu helfen, um Feindseligkeiten zur Sowjetunion und anderen Staaten heraufzubeschwören und die Völker in ein blutiges Gemetzel zu stürzen, um das frühere Regime in Rußland wiederherzustellen. Die Ermordung Wostkows hat deshalb umso größere Bedeutung als ein kollektiver und individueller Akt und stellt an sich eine Verletzung der friedlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen dar, an deren Festigung und Ausbau, wie die Note der polnischen Regierung feststellt, Wostkow arbeitete. Die Sowjetregierung begrüßt es, daß die polnische Regierung die tatsächliche Beteiligung in den Beziehungen zwischen beiden Staaten anerkennt und erachtet ihrerseits die beiderseitigen Beziehungen als einen überaus wesentlichen Faktor des allgemeinen Friedens. Mit um so größerem Bedauern ist die Sowjetregierung gezwungen, festzustellen, daß die polnische Regierung bisher nicht gebührend beachtet hat, daß die Duldsamkeit, die polnische Autoritäten gegenüber verschiedenen Terrororganisationen in Polen und gegen die Sowjetregierung arbeitenden Organisationen an den Tag legen, ein Hindernis für die glückliche Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten darstellt. Die Sowjetregierung verfügt über reichhaltiges Material, daß die Duldsamkeit in manchen Fällen sogar direkte Unterstützung illustriert, die die polnischen Autoritäten den Organisationen und Personen gegenüber begeugnet, die durch Organisierung des Terrors und durch Bandenüberfälle auf Sowjetgebiete aktiven Kampf gegen die Sowjetregierung führen. In der nächsten Zeit wird amtliches Material zu dieser Frage der polnischen Regierung vorgelegt werden. Festgestellt ist, daß der Mörder Wostkows polnischer Staatsangehöriger und Sohn eines bekannten Gegenrevolutionärs ist und dem polnischen Staatsangehörigenverband nach seiner Austritte aus der Sowjetunion beigetreten ist. Die Aufnahme derartiger Elemente in den polnischen Staatsangehörigenverband, die eine sowjetfeindliche Tätigkeit ausüben, legt der polnischen Regierung weitere Verantwortung für diese Tat auf. Dieser Fall steht nicht vereinzelt da. Besonders auffallend ist der Fall des bekannten Gegenrevolutionärs Polak Bakal der Fall des bekannten Gegenrevolutionärs Polak Bakal der in den polnischen Staatsangehörigenverband aufgenommen und mehrmals offiziell von höheren Vertretern der Behörden empfangen wurde, während Polak Bakal offiziell dem am 30. September 1921 von Vertretern der Sowjetregierung unterzeichnetem Protokoll spätestens am 30. Oktober desselben Jahres aus Polen ausgewiesen werden sollte. Die Sowjetregierung kann sich damit nicht anverstanden erklären, daß die polnische Regierung die Verantwortung für den Mord unter Berufung auf den Bericht Wostkows auf die ihm angebotene persönliche Schutzwache abweist. Eine beratende Schutzwache ist angesichts des Bestehens sowjetfeindlicher aktiver Organisationen und Personen in Polen eine ungenügende und unwirksame Maßnahme. Die polnischen Autoritäten sollten ihre Aufmerksamkeit und Bemühungen auf die Einstellung der Tätigkeit dieser Personen und Organisationen und deren unabhängige Beobachtungen lenken. Es war der polnischen Regierung bekannt, daß sowjetfeindliche Organisationen Anschläge auf das Leben des Sowjetvertreters sich zum Ziele gesetzt hatten. Dies hat der Direktor eines polnischen Departements im Ministerium des Auswärtigen, Lukomski, am 2. November 1924 Wostkow bei seinem Eintreffen in Warschau mitgeteilt. Jedoch auch damals hat die Sowjetunion in einem Memorandum am 3. November 1924, das in Warschau überreicht wurde, und in der Note vom 4. November 1924, die in Moskau dem

polnischen Botschaftsrat überreicht wurde, betont, daß eine wirkliche Sicherheit des Sowjetvertreters und eine Scherungsmglichkeit der Arbeit der Sowjetmission in Warschau nur erzielt werden kann, wenn die polnische Regierung in Erfüllung von Artikel 5 des Vertrages von Riga den weiteren Aufenthalt von Organisationen und Personen in Polen verbietet, deren Tätigkeit gegen die Sowjetunion und ihre Vertreter gerichtet ist.

Leider hat die polnische Regierung die notigen Maßnahmen nicht ergriffen. Infolgedessen ist die Lage entstanden, die zur Ermordung Wostkows führte. Die Ermordung Wostkows hat eine tiefe Entrüstung in der Sowjetunion erregt. Im Interesse des Friedens und der Beziehungen zwischen beiden Staaten mu verhindert werden, daß der Mord tiefe Spuren in dem Bewußtsein der Völker der Sowjetunion hinterlst. Die Sowjetregierung hofft, daß die polnische Regierung, um ihr Streben nach der Festigung der friedlichen Beziehungen tatsächlich zu beweisen, ohne Aufschub die elementaren Forderungen der Sowjetunion, die durch den Sachverhalt hervorgerufen worden sind, erfüllen wird. Die Sowjetregierung erwartet:

1. daß die polnische Regierung alle notigen Maßnahmen zur umfassenden Untersuchung der Angelegenheit, zur Feststellung des Schuldigen und zur Aufdeckung aller Stben des Verbrechens, sowie zur raschen und strengen Bestrafung der Schuldigen, insbesondere des direkten physischen Mörders, treffen wird;
2. daß die polnische Regierung, den Vorverhandlungen des polnischen Sowjetbeauftragten Litwinow mit dem Vertreter des polnischen Ministeriums des Auswärtigen entsprechend, einen Vertreter der Sowjetregierung zur Teilnahme an Untersuchungsverfahren in diesem Proze zulassen wird;
3. daß die polnische Regierung endlich und tatsächlich unersglich und energische Maßnahmen zur Liquidierung der auf polnischem Gebiet entschlachten Tätigkeit der terroristischen Bandenorganisationen und Personen, die gegen die Sowjetbeamten und deren Vertreter gerichtet ist, ergreifen und Personen, die eine beratende Tätigkeit ausben, aus Polen ausweisen wird.

Die Sowjetregierung sieht entsprechender, ohne Züger zu erfolgender Mitteilung an die Sowjetregierung entgegen. Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß unter diesen Bedingungen die Folgen des tragischen Mordes nicht kraft einer formellen Erklärung, sondern lebhaft durch wirkliche Maßnahmen seitens der polnischen Regierung gegenüber den Terrororganisationen der weichen Banden überwunden werden können. Im Hinblick darauf ist die Sowjetregierung gezwungen, auf der Erfüllung obengenannter elementarer Forderungen zu bestehen.

Beisehung des Genossen Wostkow

Moskau, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Am 11 Uhr wurde Genosse Wostkow auf dem Notenzug an der Kremmauer Station, auf dem Bahnhof wurde der Leichnam des Genossen Wostkow von Vertretern der Regierung, der Kommunistischen Partei, sowie von Arbeiterdelegationen erwartet. Vom Bahnhof aus begleitete eine militärische Ehreneskorte den Trauerzug. Auf dem Notenzug, wo der Sarg auf einem Postament gegenüber dem Vordach des Wagens aufgestellt war, wurde eine Trauerzeremonie abgehalten. Es sprachen Genosse Kozlov im Namen der Sowjetregierung, Genosse Scharin für das ZK der KPD, Genosse Engel für die Exekutive der Kommunistischen Internationale, Genosse Litwinow für das Volkskommissariat des Auswärtigen, Genosse Reinitzki für den Zentralrat der Sowjetgewerkschaften, sowie Vertreter des Moskauer Komitees. Genosse Kozlov erklärte, die Sowjetregierung verfolge die Bemhe, daß die englische Regierung die weimarischen Organisationen, insbesondere in Polen, auzer und finanziere. Die Sowjetregierung werde ungeachtet aller Provokationen die Sache des Proletariats verteidigen und es verstehen, den Aufbau des Sozialismus zu schern. Genosse Scharin wies darauf hin, daß die letzten Ereignisse nur der Anfang des aktiven Kampfes gegen die Sowjetunion seien. Wostkow sei nur das erste Opfer. Allein ungeachtet der Ereignisse in Peking, Shanghai, London und Warschau zeigen sich die Feindseligkeiten der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion. Die Frage des Krieges und Friedens hängt jedoch nicht allein von der Sowjetregierung, sondern auch von den bürgerlichen Regierungen ab. Die Verantwortlichen der Sowjetunion werden ihre Bemhungen auch nicht um eine haarebreite Preisgeben. Der Vertreter der Kommunistischen Internationale hob die Rolle des englischen Imperialismus bei der Ermordung des Genossen Wostkow und bei den Konterrevolutionren Aktionen innerhalb des Landes hervor. Genosse Litwinow wies darauf hin, daß die Vertreter der Sowjetunion in Rußland die groten Anstrengungen machen, um mit Westeuropa friedliche Beziehungen zu schaffen. Die Tätigkeit des Genossen Wostkow hatte sich in dieser Richtung ersprielich entwickelt, als er ermordet wurde. Nachdem die Reden beendet waren, wurde der Sarg von den Genossen Kozlov, Scharin und anderen Genossen zum Bestattungsort getragen. Im Augenblick, als der Sarg in die Gruft verlegt wurde, wurden Salutsschsse abgefeuert. Viele zehntausend Arbeiter aus allen Bezirken Moskaus zogen mit gekleideten Bannern am tristen Grabe vorber.

Die Pflicht zur Verteidigung

„Die Schreckensherrschaft beginnt“ — so heulte es gestern durch die Presse der bürgerlichen Ordnung. Unte, der sozialdemokratische Vorwärts, in der Mitte die Vrdenjournalisten und rechts die Papiere der Junker und Industrieraubritter. Sie liegen sich fast in den Armen vor Schmerz und Trauer — endlich eine Front der „bürgerlichen Zivilisation“: im Namen der Humanität, der Menschlichkeit... gegen die Sowjetunion! „Die Schreckensherrschaft beginnt“...

In den Ohren jener Arbeiter, die die Geschichte ihrer Klasse kennen, klingt dies Hllkonzert der „bürgerlichen Zivilisation“ nicht neu. Sie erinnern sich:... Im Jahre 1789, die Jakobiner, — eine Ausgeburt der Hlle: „Diese Montagnards wünschen eine despotische und schreckliche Republik“. Die Heere der Konterrevolution umschlossen das revolutionäre Frankreich von allen Seiten. Im Innern des Landes wutete der Bürgerkrieg, in der Normandie, in der Vendee, in Lyon und Toulon. Und als die Jakobiner die Monarchisten zur Guillotine trieben, um die Herrschaft des Volkes zu verteidigen, da brüllte das ganze konterrevolutionäre Europa, denn eine revolutionäre Klasse hatte es gewagt, den Kampf für ihre Herrschaft mit jenen Mitteln zu führen, die die feudale Gewalt gelehrt hatte. Und schon im Jahre 1789 fehlten nicht in der Front der Konterrevolution die Girondisten, die Sozialdemokraten von heute.

Und als im Jahre 1871 die revolutionären Arbeiter von Paris die erste Arbeiterkommune errichteten und die Agenten der Konterrevolution von Versailles im revolutionären Paris Attentate gegen die Führer der Kommune organisierten, Lebensmittelmagazine anhnderten, da griffen wiederum die Kommunisten zur Waffe des revolutionären Terrors. Wenn die Versailles Konterrevolution jeden gefangenen Kommunisten an die Wand stellte, schrie sich die Bourgeoisie an den Begeisterung. Wenn die verhungerten, schlecht bewaffneten Pariser Arbeiter Geiseln nahmen zur Behinderung der Ermordung ihrer Kameraden, war sich die bürgerliche Humanität einig in ihrem Abscheu über die „roten Verbrecher“. Auf den Bajonetten Bismarcks trug die deutsche Bourgeoisie 1871 die Prinzipien der Humanität in das revolutionäre Paris. Unter dem Schutze der preussischen Heere schlochteten die Versailles in Paris zehntausende um zehntausende von Arbeitern. Was schwelende Hände hatte, wurde ermordet. „Die Wauer der Fberierten auf dem Kirchhof Vre La Chsse“, wo der letzte Massenmord vollzogen, steht noch heute, ein stumm beredetes Zeugnis, welcher Kaiser die herrschende Klasse fähig ist, sobald das Proletariat es wagt, für sein Recht einzutreten.“ (Friedrich Engels.) 70 000 tote Männer, Frauen und Kinder waren das Ergebnis des Zusammenwirkens der preussischen Humanität mit der Versailles Konterrevolution. Das Echo der 20 Erschieungen in Moskau in der deutschen Bourgeoisie 1927 macht den Eindruck, als ob die deutsche Bourgeoisie von 1927 sich gegenüber der russischen Revolution zu der Rolle Bismarcks 1871 be-rufen fühlte...

Und 1917: Am 10. November organisierten die offiziellen Agenten Englands und Frankreichs Hand in Hand mit Sozialrevolutionren und Menschensim den offenen Widerstand gegen die Eroberung der Macht durch die Sowjets, sie organisierten bewaffnet die bürgerliche Jugend, die Junker heigten sie in den Kampf. Und dieser Auffstand kostete hunderttausend mehr Blut als der fliegende 7. November. Und dann folgten Denikin, Koltschak, Iwanoff mit englischen Waffen und englischem Geld bis zum Jahre 1920. Die russische Revolution war gromchtig. Der revolutionäre Terror hatte erst ein, so wie in Paris 1871, als die Gefinnungsgenossen des Berliner Vorwärts auf Lenin schossen. Wostkows und Artysch ermordeten. Der revolutionäre Terror war die Waffe der Verteidigung der Revolution. Der Vorwärts heult: „Die Schreckensherrschaft beginnt!“ Wie war es in den Jahren 1917/18? War der Vorwärts auch damals gegen den Bürgerkrieg? Erschien nicht in seinen Spalten das Gebit Zillers

„Tausend Tote in einer Reich“
Karl und Rosa — keiner dabei, keiner dabei.“

Sagte nicht Koose: „Einer mu der Bluthund sein?“ Und gibt es nicht in allen Orten Deutschlands Revolutionsgrber, die darauf Zeugnis ablegen, daß Koose Wort gehalten hat? Die Wahrheit ist so: die Sozialdemokratie und der Vorwärts waren stets und immer für den Bürgerkrieg und den Terror — nur für den Bürgerkrieg gegen die Arbeiter-schaft! Nicht für den revolutionären Terror, sondern für den weichen Terror.

In diese Dinge mu jeder Klassenbewute Arbeiter denken, um die Lehren der 20 Erschieungen in Moskau und ihres Echos in der Bourgeoisie zu begreifen. Die russische Revolution verteidigt sich nach den eifersten Grundzügen, die die Geschichte selbst geschaffen hat. Eine revolutionäre Klasse, die die Macht, gestht auf die Massen der Ausgebeuteten, mit der Waffe in der Hand erobert hat, ist verpflichtet: alle Versuche, ihre diese Macht zu entreien, mit der Waffe in der Hand zu unterdrücken. Auf die Frage der bürgerlichen und sozialdemokratischen Humanittsapostel, deren Hände noch feucht sind vom Blute der ermordeten Arbeiter in allen Teilen der Welt, antworten die Klassenbewut-